

auf sich selbst verengt, sondern in der zugigen Luft in Auseinandersetzung mit der jeweiligen Zeit auszulegen und zu bezeugen. Wo Verdächtigungen, Mißtrauen, Disziplinierung, faktische Ausgrenzungen und im Ergebnis Selbstzensur dies verhindern würden, wäre es um die Kirche nicht gut bestellt. *nt*

## Defizite

*Die Bilanz der UN-Dekade der Behinderten*

Die von den Vereinten Nationen beschlossenen Welttage, Jahre und Dekaden mit ihrer Botschaft des „Achtet auf... und solidarisiert Euch mit...“ laufen grundsätzlich Gefahr, im tagespolitischen Geschäft schlicht unterzugehen – unabhängig von der Dringlichkeit ihrer Anliegen und der Qualität ihrer Programme, gleich ob es sich um die weltweite Unterdrückung von Frauen, die Existenzbedrohung von Minderheiten, den erschreckenden Zustand der Natur oder die seuchenhafte Ausbreitung von Aids handelt. Den Hoffnungen, mit denen die Betroffenen diese Aktionen begleiten, folgt meist ein nüchternes Resümee: Die erwartete Resonanz in breiten Schichten der Öffentlichkeit, die den Anliegen in ihrer Bedeutung angemessen wäre, bleibt aus.

Im Anschluß an das internationale Jahr der Behinderten 1981, das unter dem Motto „Einander verstehen – miteinander leben“ stand, war von den Vereinten Nationen eine Dekade der Behinderten beschlossen und ein entsprechendes Weltaktionsprogramm auf den Weg gebracht worden. Weltweit sollte alles dafür getan werden, um behinderten Menschen den Weg zur uneingeschränkten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Der Rückblick deutscher Behindertenverbände, Selbsthilfeorganisationen und Wohlfahrtsverbände bescheinigte der zum Jahreswechsel 1992/93 beendeten Dekade nur *mäßigen Erfolg*. Zu

ihrem Ziel, die Integration behinderter Menschen zu fördern, sei von seiten der Politik in den vergangenen zehn Jahren kein wesentlicher Schritt ausgegangen, beklagte ein auf den Rollstuhl angewiesener Richter am Sozialgericht Bremen, ebenso ein Sprecher des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter. Der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VdK) sah trotz mancher enttäuschter Hoffnung auch einige Fortschritte: So hätten sich beispielsweise für die knapp sechs Millionen deutschen Schwerbehinderten die Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln verbessert. Das Diakonische Werk attestierte der Dekade ebenfalls, sie habe doch auch zu maßgeblichen Verbesserungen geführt; mit dem Ausbau von Rehabilitationseinrichtungen wie Werkstätten, Berufsbildungswerken und Wohnheimen habe sich das Hilfsangebot deutlich erhöht.

Erschreckend an dem Resümee war jedoch die einhellige Feststellung, es herrsche in Deutschland ein *zunehmend aggressives Klima gegenüber Behinderten*. Immer häufiger begegneten Behinderte wachsender Ablehnung, müßten sie verletzende Äußerungen und Drohungen über sich ergehen lassen. Zu einer behindertenfreundlichen Gesellschaft habe die Dekade nicht beitragen können. Dieser ernüchternde Befund gewinnt durch jüngste Meldungen von Gewalttätigkeiten gegen Behinderte an Schärfe: Ein Körperbehinderter nimmt sich das Leben, nachdem ihn Jugendliche wiederholt bespuckt und angepöbelt haben. Ein geistig behinderter Junge wird mit Benzin übergossen und angezündet, eine Rollstuhlfahrerin auf offener Straße aus dem Rollstuhl gekippt.

In einem Appell, der Bundestagsvizepräsidentin *Renate Schmidt* überreicht wurde, fordern 120 Behindertenverbände und mehr als 10 000 Einzelunterzeichner, behinderte Menschen sollten künftig durch eine *Ergänzung des Grundgesetzes* gegen Diskriminierung geschützt werden. Zudem wird ein umfassendes *Gleichstellungsgesetz* gefor-

dert, denn Behinderte würden weiter im Berufsleben benachteiligt, in Sondereinrichtungen abgeschoben, in ihrer Bewegungsfreiheit durch unnötige Barrieren eingeschränkt. Das Recht auf eine eigene Sexualität werde ihnen vielfach abgesprochen. Vor allem aber die Begründung für die geforderte Grundgesetzergänzung – „Niemand darf wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung bevorzugt oder benachteiligt werden“ – muß aufhören lassen: Über 30 Jahre moralischer Appelle und intensive Aufklärungskampagnen hätten keinen erkennbaren Fortschritt für Rechte und Lebensbedingungen behinderter Menschen gebracht.

Am Ende der Dekade der Behinderten reicht selbstgerechtes Aufzählen von Rollstuhlrampen und Behindertenarbeitsplätzen, deren es ohnehin zu wenige gibt, nicht aus. Eine Gesellschaft, der ein kaltes und aggressives Klima gegenüber ihren behinderten Mitgliedern attestiert wird, in der Behinderte mit ihrem selbstverständlichen Anspruch auf uneingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben Bittsteller bleiben, kann nicht einfach zur Tagesordnung übergehen – erst recht nicht, wenn in diesem gesellschaftlichen Klima eine zunehmende Gewalt gegen Wehrlose und Schwächere und damit auch gegen behinderte Personen entstehen kann.

Ein Resümee über die Dekade der Behinderten darf angesichts dieses Befundes keineswegs nur Sache der Interessensverbände von Behinderten sein. Wie dringend hier die ganze Gesellschaft zu Rechenschaft und Nachdenklichkeit verpflichtet ist, hat mit aller Schärfe ein im vergangenen Jahr von einem Flensburger Amtsgericht gefälltes Urteil deutlich gemacht: Der Anblick behinderter Urlauber wurde darin zu einer Beeinträchtigung des Urlaubsvergnügens erklärt. Die Frage, welche Vorstellungen, Leitbilder und Lebensideale eine Gesellschaft prägen, in der es quasi selbstverständlich ist, daß Behinderte nicht in allen Lebensbereichen präsent sind, im letzten immer in Sonderwelten abgedrängt werden, muß aufrecht gestellt werden. *fo*